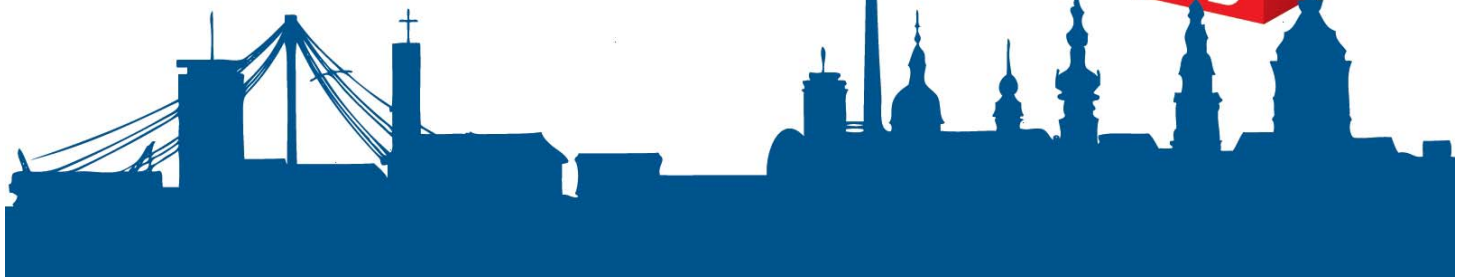


Rotes Quadrat

Leben im SPD-Kreisverband Mannheim



Ausgabe Nr. 01 für die 1. Woche / 2012

Mannheim, den 2. Januar 2012

Das Rote Quadrat erscheint jeden Montag. Redaktionsschluss ist der Freitag der Vorwoche.

Redaktionsanschrift: mathias.kohler@gmx.net

Gießkanne oder ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit?

Die SPD-Gemeinderatsfraktion wünscht allen Lesern ein gesundes und erfolgreiches 2012 und bedankt sich für die konstruktive und kritische Begleitung 2011. Bleiben Sie auch im neuen Jahr unsere kritischen Begleiter und lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, das Beste für die Menschen in Mannheim zu erreichen. Ein Jahresbeginn ist auch immer die Gelegenheit für den Blick zurück. Unser Blick dabei ist der Blick, unser Blick, auf die kurz vor Weihnachten angesetzten Haushaltsberatungen für 2012/2013.

Zum ersten Mal ist es uns gelungen, den Haushalt vor Jahresbeginn zu verabschieden und damit Sicherheit für alle Träger zu schaffen, die mit und für uns gemeinsam die Stadt gestalten. Die Aufgabe war nicht einfach. Galt es doch eine Reihe von Schwierigkeiten zu bewältigen: Die Umstellung von der Kameralistik in die doppische Haushaltsführung, die Stadt trotz schwierigen Haushaltsbedingungen für die Zukunft und sozial gestalten, und, Sie ahnen es schon, die Verschuldung dabei nicht in die Höhe zu treiben.

Wir haben die Gewerbesteuer wieder auf den Satz zurückgeführt, auf dem er 2001 war, bevor ihn die CDU damals mit der bürgerlichen Mehrheit gesenkt hat. Wir rechnen dadurch mit einer Mehreinnahme von 9,5 Millionen € von denen 7 Millionen zusätzlich in den Schuldenabbau fließen. Auch das gibt durch die Zinsersparnis zusätzlich Luft, eine Stadt zu gestalten.

Dazu bedarf es Partner im Gemeinderat, die bereit sind auf einander zu zugehen, Kompromisse zu machen und Wort halten. Die CDU hat uns zu Beginn sehr schnell wissen lassen, dass eine Gewerbesteuererhöhung mit ihr nicht zu machen ist. Ihr Vorschlag für die Gegenfinanzierung ihrer Wünsche: die Einnahmen der Gewerbesteuer um 1 Million höher an setzen, wie ihr Kämmerer das getan hat, eine höhere Steuer auf Spielautomaten (diesen guten Vorschlag haben wir natürlich unterstützt), eine Einsparung beim Personal von 1 Million Euro und die Abschaffung des Familienpasses Plus, den



wir ja gerade für Familien mit Kindern in schwierigen Situationen aufgelegt hatten und der sich einer großen Nachfrage erfreut.

Gerade der Familienpass Plus liegt mir wirklich am Herzen, habe ich doch in der Vergangenheit in jeder Etatberatung zusammen mit meiner Fraktion einen Schritt in diese Richtung zu gehen versucht und es ist immer an der CDU, der FDP und der ML gescheitert.

Im Vorfeld fanden viele Gespräche mit den Grünen statt, mit denen wir die größte Schnittmenge in unseren Anträgen hatten. Auch die Linke und Frau Kuch hatten Wünsche, die mit unseren übereinstimmten. So sahen

wir zum ersten Mal seit langem wieder die Möglichkeit, im ÖPNV ein Angebot zu schaffen, das Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeit einer verbilligten Fahrt im Stadtgebiet Mannheim ermöglicht. Das sind keineswegs "nur" arbeitslose Menschen im Hartz IV Bezug, das sind auch viele ältere Menschen in der Grundversicherung, chronisch kranke, allein erziehende Frauen, um nur einige zu nennen. Uns ist bewusst, dass man mit 400 000 € nicht alle bedienen kann, aber Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass zum Beispiel Köln, von der Sozialstruktur vergleichbar, das Sozialticket inzwischen als großen Erfolg feiert. Die Fahrgastzahlen steigen, gerade auch in schwach ausgelasteten Zeiten und auch die Einnahmen steigen, die Zahl der Schwarzfahrer geht zurück. Im Übrigen wurde auch 2001 das damalige ÖPNV-Ticket und damals der Sozialpass ersatzlos zugunsten des Familienpasses von der CDU und ML Mehrheit vom Tisch gefegt.

Und wir haben die Kostenübernahme Begrenzung für Mensch, die im Hilfebezug sind und in ein Pflegeheim müssen, aufgehoben. Urteilen Sie selbst: Gießkanne oder ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit?

Wir haben dem sozialpsychiatrischen Dienst, eine Anlaufstelle für viele psychisch Erkrankte, deren Zahl dramatisch steigt, eine Personalstelle mehr finanziert und die Verwaltung aufgefordert, dort Fallpauschalen einzuführen, damit die Arbeit für diese Menschen nicht mehr

SPD-Kreisverband Mannheim
Kreisvorsitzender:
Wolfgang Katzmarek

SPD-Regionalzentrum Rhein-Neckar
Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg
Telefon: (06221) 21 0 04
Telefax: (06221) 16 40 23

E-Mail:
kv.mannheim@spd.de
Homepage:
www.spd-mannheim.de

Bankverbindung:
Konto-Nr. 302 43 102
BLZ 670 505 05
Sparkasse Rhein-Neckar-Nord

davon abhängt, wie viel Geld für das kommende Jahr bewilligt wird.

Der Notruf für sexuell missbraucht Frauen und Mädchen hat ebenfalls eine Stelle mehr finanziert bekommen, um bei steigenden Fallzahlen und immer jüngeren Kindern, die missbraucht werden, die Beratung und Behandlung zu sichern und vor allem Präventionsarbeit zu leisten. Urteilen Sie selbst: Gießkanne oder ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit?

Im Jugendbereich haben wir mit der Erhöhung der Jugendtreffs in freier Trägerschaft eine halbe Stelle mehr bewilligt. So bekommen jetzt JUZ, Café Mint, Zündholz und der Jugendtreff Neuhermsheim den Zuschuss jeweils um 30.000 € erhöht. Damit haben auch die Jugendtreffs 1,5 Personalstelle. Der Stadtjugendring mit seinen Verbänden erhielt eine Erhöhung von 160.000 € sowohl in die Inhaltliche Arbeit, wie für die Sanierung der Gebäude.

Um den Erzieherinnenmangel wenigstens ein kleines bisschen etwas entgegen zu setzen, haben wir einen Fond von 450.000 € aufgelegt, für ein kleines bisschen Mehr, was den Arbeitgeber Stadt Mannheim ein bisschen attraktiver macht und uns dem Ziel, einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz 2013 auch bedienen zu können, näher bringt. Der Jugendtreff Schwetzinger Stadt wird nun nach jahrelanger Diskussion endlich realisiert. Urteilen Sie selbst: Gießkanne oder ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit?

Natürlich ist auch wieder Bildung einer unserer Schwerpunkte gewesen. Geld in die Hand zu nehmen für unser Erfolgsmodell MAUS, für eine bessere Ausstattung der Geräte an den gewerblichen Berufsschulen, der Sanierung von bestehenden Schulgebäuden und natürlich auch für eine Gemeinschaftsschule und das Thema Inklusion, war für uns selbstverständlich. Urteilen Sie

selbst: Gießkanne oder ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit?

Wir haben darauf geachtet, dass in jedem Stadtteil etwas vorgebracht wird, haben Gelder für Straßensanierung und Radwegausbau zusätzlich eingestellt und auch unser Dauerbrenner Trauerhallen wollen wir in diesem Haushalt ein gutes Stück voran bringen.

Konfrontation mit dem OB?

Es ist die Aufgabe der Kämmerei und des Oberbürgermeisters, einen Haushalt aufzustellen, und ihn in den Gemeinderat einzubringen. Es ist aber auch das „Königsrecht“ des Gemeinderats, eigene Akzente zu setzen und manchen Dingen eine andere Gewichtung zu geben. Dass ein Oberbürgermeister zu seinem Entwurf steht, versteht sich von selbst. Dass man um den besseren Weg kämpfen und diskutieren muss, ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Wichtig ist dabei, den Anderen nicht zu verletzen, andere Ansichten nicht zu verunglimpfen aber auch den für die Fraktion als richtig erkannten und gemeinsam erarbeiteten Weg dann auch gemeinsam zu gehen.

Ralf Eisenhauer hat seine Feuertaufe als neuer Fraktionsvorsitzender gut bestanden und es zeichnet ihn aus, dass er jedem die Hand ausstreckt um ihn auf dem Weg zu einer sozial gerechten und lebendigen Stadt mit zu nehmen.

Unsere Anträge können Sie alle auf der Homepage der SPD-Gemeinderatsfraktion nachlesen. Wir freuen uns auf eine Rückmeldung von Ihnen und sind gerne Bereit, Anregungen, Kritik und neue Ideen in unsere Arbeit mit zu nehmen. Lassen sie uns auch 2012 gemeinsam daran arbeiten, Mannheim als bunte, sozial ausgewogene und kreative Stadt weiter zu entwickeln.

In diesem Sinne Alles Gute für 2012. Marianne Bade (stellv. Fraktionsvorsitzende)

Keine Mehrheiten für Einsparungen beim Personal

Dr. Kurz und Erster Bürgermeister Specht haben ihren Vorschlag zum Haushalt vorgelegt. Er enthält keine Einsparmaßnahmen wie Stellensperren, Stellenabbau oder globale Minderausgabe

Auszug aus dem Monatsinfo des Gesamtpersonalrats der Stadt Mannheim, 3. Jahrgang, Dezember 2011 (Bild: Gitta Süß-Slania, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates)

Wir hatten gehofft, dass damit das Thema Personalkosteneinsparungen vom Tisch ist. Dem war nicht so. Die CDU beantragte 1 Mio. Personalkostenreduzierung in Form einer globalen Minderausgabe. Die Mannheimer Liste (ML) wollte 2 Mio. einsparen, zusätzlich 150.000 Euro bei Presse + Kommunikation. Die FDP forderte jährliche Einsparungen von 500.000 Euro.

Der Oberbürgermeister argumentierte gegen diese Anträge und verwies darauf, dass auch heute noch die „Schleifspuren“ früherer Personaleinsparungen in der Verwaltung zu erkennen sind. Den Anträgen von CDU, FDP und ML folgte nur Stadtrat Weiß. Die Mehrheit aus SPD, Grünen, den Stadträten Trüper und Kuch, stimmten dagegen - und das ist gut so.



Wir fragen uns: Werden „schlechte Leistungen - mangels Personal“ gezielt von jenen einkalkuliert, die „privat vor Staat“ fordern oder in der Vergangenheit bereits durch Privatisierungsanträge auffielen? ...

Weitere Beratungspunkte: Zu den Managementzielen liegen Anträge aus allen Fraktionen vor.

Der bauliche Zustand städtischer Verwaltungen und Betriebshöfe (SPD Antrag) wird geprüft, mit konkreten Verbesserungen wird beim Harrlachweg begonnen (Zusage Oberbürgermeister).

Ein Sozialticket für Einkommensschwache (Antrag SPD, Grüne, Linke) wurde beschlossen. Ziel ist die Verbesserung der Mobilität und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Ein Attraktivitätsfonds für mehr ErzieherInnen (Antrag SPD, Grüne, Linke) wurde beschlossen.

Die Höchstsatzbegrenzung bei der Wahl von Alten- und Pflegeheimen (Anträge SPD, Grüne, Linke, CDU) fällt weg. Damit gibt es dort künftig kein 2-Klassen-Wahlrecht mehr. „Alle“ Heime sind von „Allen“ frei wählbar.

Einnahmen erhöht - Schuldentilgung erhöht - Ausgaben für Soziales erhöht

Mit diesen drei Überschriften lässt sich die Linie der gemeinderätlichen Mehrheit aus SPD, Grünen und den StadträtInnen Trüper und Kuch zusammenfassen.

Durch die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 430 Punkte kommt mehr Geld in die Stadtkasse und so kann mehr Geld in den Schuldenabbau gesteckt werden. Dies geschieht auch mit rund 7 Mio.

Gleichzeitig wird ein kleinerer Teil der kalkulierten Mehreinnahmen in soziale Maßnahmen, zuvorderst ein Sozialticket, investiert. Mit dem Aufbau eines Sozialtickets folgt die Stadt Mannheim anderen Städten, um damit „mehr Mobilität“ und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen, die unter Armutsbedingungen leben, herzustellen.

Kommentar der GPR-Vorsitzenden Gitta Süß-Slania

Dankeschön

Liebe Stadträtinnen und Stadträte der SPD-Fraktion, im Namen unserer Verbände und unserer Einrichtungen möchte ich mich stellvertretend bedanken für Ihren enormen Einsatz bei den Etat-Beratungen - es ist großartig, was Sie für die Jugendarbeit, für die außerschulische Bildung und damit für die Kinder und Jugendlichen in Mannheim erreicht haben! Das gibt uns viel Zuver-

... Da der Gemeinderat sich traute, die Gewerbesteuer zu erhöhen, kann mehr Geld in die Schuldentilgung gesteckt werden und eine kleinere Summe bleibt für soziale Maßnahmen.

Was mich bei den Etatberatungen freute war, dass man über die Themen redete, welche die Zukunft belasten - und dabei nicht nur „Schulden“ im Blick hatte.

Denn „Armut“ zuzulassen ist asozial und die Folgekosten sind auf Dauer unbezahlbar. Deshalb ist das Sozialticket, mit dem Mobilität und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhöht wird, eine richtige Maßnahme - die es auch in anderen Städten gibt.

Nur über Bildung und den Fachkräftemangel zu reden, aber kein zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen, entsprach *nicht* der Linie der Mehrheit. Mit 450.000 Euro, gespeist aus Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, wird ein Attraktivitätsfond ausgestattet.

Mein Eindruck bei diesen Etatberatungen: Es wurde darüber geredet, wie die Welt ein kleines bisschen gerechter sein könnte und es wurde gehandelt. Im Rahmen enger kommunaler Möglichkeiten - Respekt!...



sicht und Kraft für die weitere Arbeit! Wir freuen uns darauf gemeinsam mit den Ehrenamtlichen und anderen Akteuren der Jugendarbeit die bewährte Arbeit fortzusetzen und neue Projekte zu entwickeln.

Ich wünsche Ihnen friedliche und erholsame Feiertage und alles Gute für das neue Jahr. Mit herzlichen Grüßen.
Sabine Grimberg, Geschäftsführerin

Haushalt der Stadt Mannheim: stärkere sozialpolitische Ausrichtung

Auszug aus „Parität lokal“
Informationen für Mitglieder und für sozialpolitisch Interessierte des Kreisverbandes Mannheim, Ausgabe 4-2011



Nachdem im Vorfeld der Haushaltsberatungen sowohl auf lokalpolitischer wie medialer Ebene heftigst gestritten wurde, liegen die Ergebnisse nunmehr auf dem Tisch. Der Mannheimer Gemeinderat fasste Beschlüsse, die einer stärkeren sozialpolitischen Akzentuierung gleichkommen.

Aus sozialverbandlicher Sicht begrüßenswert sind zahlreiche Maßnahmen, z. B. angemessene Unterstützung für soziale Einrichtungen, Selbsthilfegruppen oder Freie Träger. Damit wird gleichzeitig signalisiert, dass die vielfältigen Dienstleistungen sozialer Institutionen ein wichtiger Teil des städtischen Gemeinwesens sind. Ob man von einem Kurswechsel in Richtung auf erhöhte Teilhabegerechtigkeit sprechen kann, wird sich bei der konkreten Umsetzung zeigen.

So sind viele Berührungspunkte zu erkennen, die eine Grundlage für einen fruchtbaren Dialog zwischen den

kommunalpolitisch Verantwortlichen und der Freien Wohlfahrtspflege bilden könnten. Der PARITÄTISCHE Kreisverband hat mit seiner

Broschüre „Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend- Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in der Stadt Mannheim“, die jüngst der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, eine fundierte inhaltlich-fachliche Positionierung für eine zukunftsweisende integrative Sozialpolitik vorgelegt.

Erfreulich ist, dass seitens der Gemeinderatsmehrheit die Vorschläge nach zielgerichteten Hilfen im Bereich Mobilität aufgegriffen wurden. Mit dem nun auf den Weg gebrachten „ÖPNV-Sozialticket“ wird für Arbeitslose und Haushalte, die tatsächlich bedürftig sind, endlich auch (wieder) eine gewisse Teilhabegerechtigkeit hergestellt. Es bleibt abzuwarten, wie die Anspruchsbeziehung konkret ausgestaltet wird, damit von einer armutsfesten Lösung gesprochen werden kann, Stichwort „arbeitende Arme“ und Erwerbsgeminderte. Ab

Januar 2012 beträgt der für den öffentlichen Nahverkehr vorgesehene Anteil im Regelsatz für Alleinstehende 18,51 € im Monat.

Einige gemeinnützige Organisationen erhielten eine Zuschusserhöhung, um ihre Angebote z. B. im Beratungsbereich aufrecht erhalten zu können. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass dies lediglich eine Kompensation darstellt. Denn aufgrund von finanziellen Deckelungen in der Vergangenheit schoben viele dieser Einrichtungen jahrelang ein strukturelles Defizit vor sich her, das jetzt teilweise ausgeglichen wurde.

Danke für die Unterstützung!

Liebe Frau Heberer, lieber Herr Fulst-Blei, liebe Frau Bader, liebe Sabine und lieber Hans-Peter, ich möchte Ihnen und Euch allen im Namen des PLUS-Vorstandes und der Organisationsleitung von PLUS e.V. recht herzlich danken für Ihren und Euren Einsatz für die Finanzierung eines neuen Kompetenzzentrums für sexuelle Gesundheit in Mannheim im Doppelhaushalt 2012/13 der Stadt.

Ohne Eure und Ihre Unterstützung wäre die solide kommunale Finanzierung des Starts dieses Kompetenzzentrums nicht möglich gewesen. Dies werden wir ger-

Eine spannende Frage wird sein, wie mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit und inklusiver Beschulung umgegangen wird. Nach Auffassung des PARITÄTISCHEN gibt es bei der Förderung und dem Ausbau von Integrierten Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen noch erheblichen Diskussions- und Handlungsbedarf.

Schließlich bleibt abzuwarten, ob die Forderung nach einer regelmäßigen lokalen Armutsberichterstattung von den kommunalpolitischen Akteuren in Zukunft aufgegriffen wird.

ne intern im Verein, aber auch extern in die schwullesbische Szene sowie in die allgemeine Öffentlichkeit weiter geben.

Uns bleibt nun, auch das Land Baden-Württemberg davon zu überzeugen, sich für dieses neue Zentrum stark zu machen, das ein neues Modell für das ganze Land sein kann. Hier hoffen wir weiterhin auf Ihre und Eure Unterstützung und geben gerne weitere Informationen und Argumentationshilfen an Sie und Euch weiter. ... Mit herzlichen Grüßen Thomas Heinrich

SPD und Grüne stimmen für Jugendtreff in der Schwetzingenstadt

Finanzierung von Errichtung und mobiler Jugendarbeit gesichert



Im Rahmen der Haushaltberatungen hat der Mannheimer Gemeinderat dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen zugestimmt, Planungsmittel und Mittel für die Errichtung eines Jugendtreffs in der Schwetzingenstadt in den aktuellen Doppelhaushalt einzustellen. Für SPD-

Stadtrat Dr. Boris Weirauch steht fest: "Wir haben die finanziellen Voraussetzungen für die Errichtung des Jugendtreffs geschaffen". Grünen-Stadtrat Mathias Meder: „Was lange währt, wird endlich wahr – ab 2013 gibt es mobile Jugendarbeit im Stadtteil und im Jahre 2014 kann mit dem Umbau begonnen werden.“

Während die Stadtverwaltung in der Vergangenheit stets den Bedarf eines Jugendtreffs in der Schwetzingenstadt/ Oststadt betonte, scheiterte das Projekt in der Vergangenheit zunächst an Standort und fehlenden Finanzmitteln. Mit der Entscheidung des Bezirksbeirates für den Standort Wespinstrasse wurde zuletzt die Vor-

aussetzung dafür geschaffen, die Planungen konkret umzusetzen.

In den Haushaltsberatungen ist der Gemeinderat dem Antrag von SPD und Grünen gefolgt und hat in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2014/2015 insgesamt 400.000 EUR für die bauliche Umsetzung eingestellt. Bis zur Eröffnung des Jugendtreffs stellt der Gemeinderat zudem ab dem Jahre 2013 jährlich 40.000 EUR für die mobile Jugendarbeit in der Schwetzingenstadt zur Verfügung. SPD und Grüne hatten damit eine Idee des kürzlich gegründeten Fördervereins für die Errichtung des Jugendtreffs aufgenommen und zur Abstimmung gebracht.

Für Meder und Weirauch ist der Erfolg in den Haushaltsberatungen auch ein Verdienst der engagierten Kräfte im Stadtteil, insbesondere den Verantwortlichen im Förderverein und den Bezirksbeiräten im Stadtteil. "Nun gilt es für alle Beteiligten am Ball zu bleiben und das Projekt weiter intensiv zu voranzutreiben", wünschen sich die Stadträte abschließend.



„Wir weinen den Studiengebühren keine Träne nach!“

(28.12.11) Zur Abschaffung der Studiengebühren in Baden-Württemberg am 21.12.2011 erklärt die Juso-Hochschulgruppe der Universität Mannheim:

„Wir weinen den Studiengebühren keine Träne nach! Bildungsgebühren waren, sind und bleiben sozial ungerecht. Die sozialelektive Wirkung der Gebühren ist unbestreitbar, es war daher ein richtiger Schritt der

Konstantin Gavras, Vorstandsmitglied der Juso-HSG Mannheim ergänzt: „Wir Jusos haben gemeinsam mit der SPD dafür gesorgt, dass die Studiengebühren Geschichte sind. Wir sind stolz darauf, dass unsere langjährige Forderung nun endlich erfüllt wurde. Wir hätten zwar eine individuell für jede Hochschule und Universität errechnete Kompensation für noch gerechter erachtet, aber alles in allem sind wir sehr zufrieden mit dem Studiengebührenabschaffungsgesetz.“ „Als Wermutstropfen bleiben die Studiengebühren für weiterbildende Masterstudiengänge. Die Juso-Hochschulgruppen setzen sich für die Abschaffung aller Bildungsgebühren ein. Die Studiengebührenabschaffung ist ein riesiger Erfolg, aber nur ein weiterer Schritt zu einem gerechten, guten und gebührenfreien Bildungssystem.“ erklärt Anja Seybold, Vorstandsmitglied, zur Zielsetzung der Juso-Hochschulgruppen.

„Wir freuen uns sehr, dass die neue Landesregierung zentrale hochschulpolitische Themen bearbeitet. Auf dem Erfolg dürfen wir uns nicht ausruhen, mit der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) steht der nächste Meilenstein der baden-württembergischen Landespolitik bereits auf der Tagesordnung. Wir werden dazu unsere Meinung kundtun und für unsere Ideen und Konzepte werben“, sagt Jakob Stemmler, Vorstandsmitglied der Juso-Hochschulgruppe Mannheim abschließend.



Landesregierung die Studiengebühren so zeitnah nach der Regierungsübernahme abzuschaffen. Mit der Studiengebührenabschaffung ist ein zentrales Wahlversprechen eingelöst worden – pünktlich zu den Festtagen. Ein schönes Weihnachtsgeschenk für alle Studierende, ihre Familien und zukünftige Studierende.“

Zwischen Ehre und Amt - Dein Dienst für die Demokratie?

Stefan Rebmann, MdB ruft junge Menschen aus Mannheim auf, sich auf den Workshop für junge Medienmacher im Deutschen Bundestag zu bewerben.



(20.12.11) Der Deutsche Bundestag lädt mittlerweile zum neunten Mal gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland 30 junge Journalistinnen und Journalisten zwischen 16 und 20 Jahren zu einem Workshop nach Berlin ein.

In der Woche vom 25. bis 30. März 2012 werden die Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bun-

destag und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung.

"Auftrag Gesellschaft. Zwischen Ehre und Amt - Dein Dienst für die Demokratie?" heißt der Titel der Veranstaltung in diesem Jahr. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit der Rolle des bürgerschaftlichen Engagement - sei es im Ehrenamt, Freiwilligen Sozialen Jahr, Freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst - im gesamtgesellschaftlichen Getriebe auseinandersetzen.

"Eine kritische Medienlandschaft ist für das Funktionieren unserer Demokratie unersetzlich. Mir als Politikschaffendem liegt viel daran, dass insbesondere junge

Menschen mit offenen Augen durch die Welt gehen und Ihren Blick auf unsere Gesellschaft mit uns teilen.", so der Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Rebmann. "Daher wäre es mir eine große Freude, wenn ich im März eine Vertreterin oder einen Vertreter aus Mannheim in Berlin begrüßen könnte."

Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem Artikel oder einem Video-/Audiobeitrag zu einem Thema, das auf der Homepage <http://bundestag.jugendpresse.de> näher erläutert ist. Bei Bedarf können Sie sich auch gern an den Abgeordneten Stefan Rebmann wenden. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2012.

"Licht und Schatten für Erbringer von Daseinsvorsorge"

Europäische Kommission stellt neue EU-Beihilfavorschriften für öffentliche Dienstleistungen vor

(21.12.11) Deutliche, aber nicht weit genug gehende Erleichterungen für die Erbringer von Daseinsvorsorge und lokale Behörden. Die neuen Regelungen bleiben in einigen Punkten hinter den Forderungen des Europäischen Parlaments zurück", so die erste Einschätzung des SPD-Europaabgeordneten Peter Simon zu den am Dienstag von der Europäischen Kommission verabschiedeten EU-Beihilfavorschriften für öffentliche Dienstleistungen.

Positiv zu bewerten ist die vom Europäischen Parlament geforderte und im Kommissionsvorschlag aufgenommene Befreiung sozialer Dienstleistungen von der Meldepflicht. Bisher waren lediglich der soziale Wohnungsbau und Krankenhäuser davon ausgenommen. "Endlich wird der Besonderheit sozialer Dienstleistungen auch in den Regelungen mehr Rechnung getragen. Es wurde Zeit, dass soziale Dienste wie etwa Gesundheitsdienste, Langzeitpflege und Kinderbetreuung von der Meldepflicht ausgenommen werden."

Auch sieht der überarbeitete Entwurf eine generelle Ausnahme von den Beihilfavorschriften für staatliche Ausgleichszahlungen bis zu einer Höhe von 500.000 Euro im Zeitraum von drei Jahren vor. Im Vergleich zu den ersten Entwürfen bedeutet das eine Erhöhung der Schwellenwerte, was der Forderung des EU-Parlaments entspricht, aber noch nicht weit genug geht. Denn gleichzeitig wird der allgemeine Schwellenwert zur Befreiung von der Pflicht, eine staatliche Beihilfe vorab bei der Kommission anzumelden und genehmigen zu lassen (Notifizierungspflicht), jedoch von 30 auf 15 Millionen Euro halbiert. "Die Kommission hat hier eine große Chance veran, wirklich für Verwaltungsentlastung zu sorgen. Diese



Regelung wird stattdessen zu noch mehr Bürokratie führen", unterstrich der für das Europäische Parlament zuständige Berichterstatter Peter Simon.

Dass die EU-Kommission an der Einführung von Effizienzkriterien bei der Daseinsvorsorge als Bedingung für die Vereinbarkeit mit EU-Wettbewerbsregeln festhält, lehnt Peter Simon, Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuss, als eine Kompetenzüberschreitung seitens der

Europäischen Kommission strikt ab: "Unsere Botschaft war in diesem Punkt unmissverständlich. Hier überschreitet die Kommission ihren Zuständigkeitsbereich. Denn die Festlegung der wirtschaftlichen Bedingungen obliegt allein den Mitgliedstaaten und kann auf EU-Ebene allenfalls unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments geregelt werden."

"Die Europäische Kommission ist ihrem eigenen Anspruch, verhältnismäßigere, einfachere und klarere Beihilfavorschriften für öffentliche Dienstleistungen zu schaffen, mit dem verabschiedeten Paket nur teilweise gerecht geworden. Jetzt bleibt abzuwarten, ob die im Frühjahr endgültig verabschiedete, detaillierte Ausnahmeregelung für lokale Dienstleistungen zu einer deutlicheren Entlastung für die Erbringer von öffentlichen Dienstleistungen und lokalen Behörden wird. Rein lokale Dienstleistungen haben keine Auswirkung auf den Binnenmarkt und gehören deshalb von den Beihilfavorschriften ausgenommen. Alles andere wäre nicht verhältnismäßig und inakzeptabel", betonte Peter Simon abschließend.

Neuer Bundestagsabgeordneter ehrte treue Mitglieder

Weihnachtsfeier der AWO Neckarau-Lindenhof im Volkshaus

Die besetzten Tische im Saal des Volkshauses waren festlich geschmückt, als Vorsitzende Rosemarie Rehberger zur Weihnachtsfeier des AWO-Ortsvereins Neckarau-Lindenhof viele Mitglieder sowie die Bezirksbeiräte Mathias Kohler, Ali Mehmet Sen und als Ehrengast Ste-

fan Rebmann als neuen Bundestagsabgeordneten und langjähriges AWO-Mitglied begrüßte.

Als erster Programmpunkt hatte das agile AWO-Ballett (Alter 60-88 Jahre) unter Leitung von Erika Schmalz das Publikum als tanzende Stewardessen der AWO-Airlines erfreut und später zusammen mit Georg

Wolf die getanzte Schlagershow präsentiert, in der zum Vergnügen des Publikums bekannte Stars wie z.B. Mi-



reille Mathieu oder Nana Mouskori auftraten. Nach dem gemütlichen Kaffeetrinken bei weihnachtlicher Musik von der bewährten Ein-Mann-Kapelle Heinz Neubauer am Keyboard stand wie jedes Jahr die Ehrung verdienter Mitglieder an. Zuvor ergriff Stefan Rebmann, der es sich

trotz vollen Terminkalenders nicht hatte nehmen lassen, die Ehrungen vorzunehmen, das Wort und berichtete von seiner Arbeit im Bundestag, dem er als Nachrücker seit 23. Mai angehört. „Jede Entscheidung dort hat Auswirkungen auf die Bürger, daher muss ein Abgeordneter sich Zeit nehmen, den Bürgern diese zu erklären“, sagte er und nannte als beherrschende aktuelle Themen u.a. die Euro-Krise und die Gesundheitsreform.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden Erika Krebs, Frieda Mücke und in krankheitsbedingter Abwesenheit Konrad Sauer mit Urkunde und silberner Nadel ausgezeichnet; für 35 Jahre Treue zur AWO nahm Peter Dörflinger die Auszeichnung entgegen, für 40 Jahre Egon Kaibel. Ebenfalls in Abwesenheit geehrt wurde Hilde Baumann, Tochter des Widerstandskämpfers Jakob Baumann und ehemalige Stadträtin, die seit 65 Jahren Mitglied der AWO ist.

Mit einer ebenso amüsanten wie realistischen Geschichte zum Thema „Weihnachtsgeschenkekauf in letzter Minute“ sorgte Stefan Rebmann für allgemeines Schmunzeln. (aus *Neckarau-Almenhof-Nachrichten, Weihnachtsausgabe, von Claudia Meixner*)

Deutsche Bahn und Bundesverkehrsministerium beschwören neue Wutbürger herauf

(20.23.22) Nach dem letzte Woche verkündeten Aussetzen der geplanten Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim und dem verschobenen Ausbau des Mannheimer Hauptbahnhofs erreichte nun die nächste Hiobsbotschaft die Region: der Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar wird nicht wie geplant bis 2015 erfolgen, sondern zieht sich noch bis mindestens 2018 hin.



Der SPD-Bundestagabgeordnete Stefan Rebmann sagte dazu: "Ich bin ernsthaft verärgert, da Bahnchef Rüdiger Grube und der DB-Bevollmächtigte für Baden-Württemberg, Eckart Fricke, bei einem Arbeitsfrühstück vor genau einer Woche nichts dergleichen angedeutet haben". Im Gegenteil, man sei damals auf seinen Vorschlag hin übereingekommen, dass Herr Grube und Herr Fricke möglichst bald nach Mannheim kommen sollten, um klare und positive Signale pro Metropolregion Rhein-Neckar zu senden.

"Stattdessen wird einen Tag später der Ramsauer'sche Investitionsrahmenplan vorgestellt, der einen gewaltigen Rückschritt für Mannheim bedeutet. Und heute lese ich in der Zeitung, dass die Region nun der nächste verkehrspolitische Tiefschlag trifft. Diesmal nicht vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, sondern von der Deutschen Bahn. Ich glaube hier

ehrlich gesagt nicht mehr an einen Zufall", so Rebmann. Keine drei Wochen nach dem "Ja" der Baden-Württemberger zu Stuttgart 21 würden drei für die Region wichtige Projekte ausgesetzt bzw. um Jahre verschoben. Da gingen einem langsam die Argumente aus gegenüber der Vermutung der S21-Gegner, hier würden Gelder, die für andere Maßnahmen vorgesehen waren in Richtung Stuttgart 21 umgelenkt.

In einem Telefonat mit Eckart Fricke erklärte dieser, dass bis 2015 zwar einige der geplanten Maßnahmen realisiert würden, aber nicht alle. Und er wies darauf hin, dass aus Sicht der Deutschen Bahn die Bürgermeister und Landräte der betroffenen Kommunen die Planungsverzögerungen, die nicht der Bahn zuzuschreiben seien, zur Kenntnis nehmen müssten.

Dennoch stellte der Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordnete Rebmann klar: "Dieser Aufschub wichtiger Infrastrukturmaßnahmen hat wirtschaftliche Konsequenzen für die gesamte Region. Das ist weder inhaltlich akzeptabel, noch ist die Art und Weise hinnehmbar, wie hier mit der Region umgegangen wird. Die Deutsche Bahn und das Bundesverkehrsministerium sollten nicht den Mannheimer Wutbürger heraufbeschwören".

Metropolregion verlangt in der Verkehrspolitik Taten statt Worte

(23.12.11) Die Metropolregion Rhein-Neckar muss derzeit einen infrastrukturpolitischen Tiefschlag nach dem an-

deren verkraften. Erst die Streichung der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim und des Ausbaus des Mannheimer



Hauptbahnhofs im Investitionsrahmenplan 2011-2015 des Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer. Dann die von der Deutschen Bahn angekündigten Verzögerungen bei der zweiten Stufe des S-Bahn-Ausbaus. Und nun auch noch die sofortige Einstellung des Flugbetriebes auf der Strecke Mannheim-Berlin.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Rebmann fasst die derzeitige Situation wie folgt zusammen: "Die Metropolregion kommt verkehrspolitisch nicht zur Ruhe

und muss nun ernsthaft um ihre Verkehrsinfrastruktur bangen, mit Folgen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt in der Region". Anders als etwa Cirrus Airlines hätten die bundeseigene Deutsche Bahn und das Bundesverkehrsministerium einen öffentlichen Auftrag, an den sie sich zu halten hätten. "Die Region ist all die Versprechungen, Absichtserklärungen und das Abwiegen leid. Wir erwarten, dass jetzt endlich gehandelt wird", so Rebmann.

Wie war's für Dich?

Ein kabarettistischer Jahresrückblick von und mit Frederic Hormuth

Die Kanzlerin mutiert zum Energiewendehals, Sprossen zum Gesundheitsrisiko und Frauenfußball zum Publikumsmagnet. In Athen brennt das Finanzamt, in Berlin läuft sich Peer Steinbrück warm und in London ist mal wieder Windsor-Fest. Dafür, dass Jörg Kachelmann und Dominique Strauss-Kahn miteinander einvernehmlichen Oralsex hatten, mangelt es an Beweisen. Und dann will die Politik auch noch „Facebook-Partys“ verbieten, weil sie nie einer dazu einlädt. Dieses Jahr hat sich wieder eine Menge einfallen lassen!

Frederic Hormuth hat die lustigsten Momente der vergangenen Monate zusammengetragen, mit scharfer Zunge und einer Extraportion Aberwitz fragt er sich, wo

wir stehen, wo es hingeht und wer unterwegs liegen geblieben ist. Bereits zum sechsten Mal in Folge destilliert er die kabarettistische Essenz des Jahres und brennt daraus einen hochprozentig satirischen Edelbrand, der für wohlige Wärme in allen Hirnwindungen und die hemmungslose Lockerung der Lachmuskulatur sorgt. Mit dabei: eine Handvoll Songs, zwei Wagenladungen Gags und drei Paletten Unsinn.

Freitag, 06.01.12 und Samstag, 07.01.12 in Gehrings Kommode, Schulstr. 82, 68199 Mannheim, **E-Mail:** gehrings-kommode@t-online.de **Internet:** www.gehrings-kommode.de



Wir suchen Dich!

Wer wollte nicht schon einmal auf der Bühne stehen und als Kabarettist/in oder Comedian den Zuschauern sagen, was er von der Politik und der Gesellschaft hält? Wir suchen junge Menschen ab 14 Jahre, die an Politik und Gesellschaft interessiert sind, Spaß am Spaß haben und auch über sich selbst lachen können. Wir suchen junge Kabarettist/innen und Comedians und solche, die es gerne werden wollen. Wir suchen Menschen, die Spaß am Schreiben haben und/oder gern als Akteure auf der Bühne stehen wollen und/oder singen und musizieren können.

Mitmachen können alle, egal ob Amateure, Stand-up Comedians oder Mitwirkende von Schul- und Jugendtheatergruppen.

Im Herbst 2012 steht die Aufführung vor einem großen Publikum an. Bis dahin wird unter Anleitung einer professionellen Kabarettistin und einem Musikpädagogen recherchiert, Texte geschrieben, Figuren entwickelt und

Szenen geprobt. Jeder wird dabei seinen Stil finden, ob in der Gruppe, im Duo oder als Solokabarettist/in. Und am Ende werden wir eine kabarettistische Achterbahn gefahren sein und ein in Mannheim bisher nie da gewesenes Bühnenprogramm auf die Beine gestellt haben. Die Teilnahme ist kostenlos. Interessiert? Meldet euch bis zum 31.1.12 www.majo.de/kabarett - Jugendförderung | D7, 1-2 | 68159 Mannheim | 0621 2933661 | marian.duerr@mannheim.de



Terminkalender der Mannheimer SPD

Hier stehen nur die Termine, die auf die Website der Mannheimer SPD gestellt oder per E-Mail mitgeteilt wurden:

Montag, 02.01.2012, 17:11 Uhr.

Neujahrsempfang Rheinau/ die Sandhase, Ort: VR Bank Rheinau, Am Marktplatz, Rheinau. Beim Neujahrsempfang von "Die Sandhase" wird Fraktionsvorsitzender Ralf Eisenhauer zugegen sein und ein Grußwort sprechen.

Donnerstag, 05.01.2012, 17:00 Uhr.

Neujahrsempfang Waldhof, Ort: Kulturverein Waldhof, Speckweg 18 . Ralf Eisenhauer, Dr. Stefan Fulst-Blei, Joachim Horner, Rainer Spagerer und Andrea Safferling werden am Neujahrsempfang teilnehmen.

Freitag, 06.01.2012, 11 Uhr.

Neujahrsempfang Stadt Mannheim, Ort: Rosengarten Mannheim

Freitag, 06.01.2012, 15:11 Uhr - 17:00.

Neckarauer Neujahrsempfang, Ort: Sr. Jakobus-Saal, Rheingoldstraße Die Bürgerdienstleiterin Patricia Popp, die Neckarauer Narrengilde "Die Pilwe" und die Interessensgemeinschaft der Neckarauer Vereine laden die Bevölkerung zum Neujahrsempfang 2012 herzlich ein. Stadträtin Marianne Bade nimmt am Empfang teil.

Samstag, 07.01.2012, 16:00 Uhr.

Neujahrsempfang Wallstadt, Ort: Katholisches Gemeindezentrum Wallstadt
Ralf Eisenhauer wird am Neujahrsempfang teilnehmen.

Samstag, 07.01.2012, 19:11 Uhr.

Ordensfest der Spargelstecher, Ort: DJK Sportzentrum Wormser Str. 12-16. Wenn wieder Orden an Helfer, Mitglieder, Senatoren, befreundete Vereine usw. vergeben werden und Funkengarden und Mariechen tanzen, ist Stadträtin Gabriele Katzmarek dabei.

Sonntag, 08.01.2012, 11:00 Uhr.

Neujahrsempfang Bürgerverein Neckarstadt, Ort: Alte Feuerwache. Ralf Eisenhauer, Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL,

Reinhold Götz und Ulrich Schäfer nehmen am Neujahrsempfang teil.

Sonntag, 08.01.2012, 11:00 Uhr.

Neujahrsempfang Gartenstadt, St. Elisabeth-Kirche, Ort: Waldfrieden 76. Zum Neujahrsempfang kommen Stadträtin Andrea Safferling und der stellv. Vorsitzende der Gemeinderatsfraktion Joachim Horner.

Sonntag, 08.01.2012, 11:11 Uhr.

Seckenheimer Neujahrsempfang,

Sonntag, 08.01.2012, 17:00 Uhr.

Neujahrsempfang Käfertal, Ort: Kulturhaus Käfertal, Gartenstr. 8. Beim gemeinsamen Neujahrsempfang der Interessengemeinschaft Käfertaler Vereine und des Bürgerdienstes Mannheim-Käfertal sind Fraktionsvorsitzender Ralf Eisenhauer, Stadträtin Gabriele Katzmarek sowie Stadtrat Ulrich Schäfer anwesend.

Montag, 09.01.2012, 19:00 Uhr.

Montag, 09.01.2012, 19:30 Uhr.

Lindenhöfer Neujahrstreiff des SPD-OV Lindenhof, Ort: Lanz-Kapelle, Meerfeldstraße 47. Begrüßung durch den Ortsverein: Marcus Butz. Grußworte der Stadt Mannheim: Stadtrat Prof. Dr. Horst Wagenblaß. Prof. Dr. Hans-Peter Schwöbel mit Satire und Poesie ins neue Jahr



LOK TRIFFT TRAKTOR

2. Kurpfälzer Modellbahn-Ausstellung
im John-Deere-Forum Mannheim
 Mannheim-Lindenhof, John-Deere-Straße (vorm. Windeckstraße) / Landteilstraße

Fr., 6.1.2012 bis So., 8.1.2012

Öffnungszeiten: Fr. und Sa. 10.00–18.00 Uhr, So. 10.00–17.00 Uhr
 Eintrittspreise: Kinder 1,- €, Erwachsene 3,- €, Familie 6,- €

mit dem **VRN** von Bahn zu Bahn
VEREINGENOSSEN SCHAFFEN FREIZEIT
 mit der S-Bahn bis Hbf-Mannheim, Ausgang Lindenhof
 mit Stadtbahnlinie 1 bis Haltestelle Hochschule
 mit Stadtbahnlinie 3 bis Haltestelle Diesterwegschule

DRUCKEREI HÖHN
69514 Laud enbach/Bergstraße · Gottlieb-Daimler-Straße 14
Telefon 06201 43848 · Fax 45342 · info@druckerei-hoehn.de
www.druckerei-hoehn.de

www.efweinheim.de